

Neustadt-  
Dresden,  
in der Expedi-  
tion, N. Meißn.  
Gasse Nr. 3.  
zu haben.

# Sächsische Vorzeitung.

Preis:  
vierteljährlich  
12 1/2 Rgr. Zu  
beziehen durch  
alle lgl. Post-  
Anstalten.

Ein unterhaltendes Wochenblatt für den Bürger und Landmann.

Redacteur und Verleger: Friedrich Walther.

## Politische Weltschau.

**Deutschland.** In der letzten Bundestagsitzung ließ Oesterreich auf Ansuchen der betreffenden am Wiener Hofe beglaubigten Gesandtschaften die Protestationen des Großherzogs von Toscana und des Herzogs von Modena gegen den vom König von Sardinien angenommenen Titel eines Königs von Italien überreichen. Der österreichische Präsidialgesandte nahm dabei zugleich Veranlassung, auf die früher gegen das Vorgehen Sardiniens abgegebenen Erklärungen Oesterreichs hinzuweisen und das Einverständnis seiner Regierung mit obengenannten Protestationen als selbstverständlich zu bezeichnen.

In Frankfurt a. M. ist abermals ein Excess durch Militärpersonen verübt worden. Drei preussische Offiziere haben beim nächtlichen Nachhausegehen, wie versichert wird, ohne allen begründeten Anlaß, den Secretär des amerikanischen Generalconsulats mit ihren Säbeln überfallen und nicht unbedeutend verwundet; die Untersuchung hierüber ist eingeleitet.

Im Großherzogthum Baden hat am 1. Juni die Eröffnung der zur Berathung einer Kirchenverfassung berufenen Generalsynode der evangelischen Landeskirche durch eine feierliche Ansprache des Großherzogs stattgefunden; in dieser Ansprache wurde unter Anderem auf den innigen Zusammenhang hingewiesen, in welchem die badische Kirchenverfassungsfrage mit der großen Frage der deutschen evangelischen Kirche steht, woran der hohe Sprecher den Wunsch knüpfte, daß mit dem Neubau der badischen Kirche, welche nichts sein solle, als ein kräftiges Glied der deutschen evangelischen Kirche, zugleich ein Stein gelegt werden möge zu dem Aufbau dieser großen Gesamtkirche. Die Generalsynode tagt im Ständesaale zu Karlsruhe und es ist bereits in einer ihrer ersten Sitzungen auf Definitivheit der Verhandlungen angetragen worden.

In München hat am 9. Juni die Trauung des Grafen von Trani (eines Bruders des Königs von Neapel) mit der Prinzessin Mathilde, Herzogin in Baiern, stattgefunden. Die Neuvermählte ist eine Schwester der Kaiserin von Oesterreich und der Königin von Neapel. — In Württemberg ist der greise König erkrankt; doch hält man den Zustand desselben nicht für gefährlich. — In Stuttgart starb am 6. Juni der Obertribunalprocurator Dr. Schott, welcher durch seine langjährige rühmliche Wirksamkeit als Abgeordneter auch in weiteren Kreisen ehrenvoll bekannt geworden.

Im Herzogthum Nassau ist zwar ein Concordat mit Rom nicht zu Stande gekommen, dagegen ist die Erledigung des Kirchenconflicts nach vorheriger Verhandlung mit dem Bischof in Limburg durch eine herzogliche Verfügung versucht worden, deren Inhalt im Lande wenig Beifall findet. In der Abgeordnetenversammlung ist bereits ein Antrag angekündigt, nach welchem jene Verordnung der ständischen Prüfung unterzogen werden soll.

In Kurhessen haben sich seit dem 6. Juni die neugewählten Mitglieder der zweiten Kammer versammelt. Am 11. Juni fand die Wahl des Präsidiums statt, wobei abermals mit 47 Stimmen unter 50 Abstimmenden Abg. Rebell zum Präsidenten und Abg. Biegler zum Vicepräsidenten gewählt wurden. Zugleich gaben sämtliche Mitglieder der Kammer, mit Ausnahme von dreien, eine Rechtsverwahrung

Dreißigste Jahrgang II. Quartal.

für die Verfassung vom Jahre 1831 zu Protocoll, worauf indessen der Landtagscommissar erklärte, daß die Regierung dem Protest keine Wirkung beilege.

**Preußen.** Die Huldigungsfeierlichkeiten werden dem Vernehmen nach erst Ende September oder Anfang October in Königsberg stattfinden; doch ist über den Zeitpunkt noch nichts definitiv bestimmt. Bei der Rückkehr des Königs nach Berlin findet ein feierlicher Empfang, sowie daselbst die Entgegennahme der Huldigung derjenigen Landestheile statt, deren Vertreter nicht nach Königsberg berufen werden. — Die Regierungen von Preußen und Holland sind übereingekommen, daß Pässe beider Länder von jetzt an in beiden Ländern ohne das bisher übliche Visum zugelassen werden. — Am 11. Juni hat unter entsprechenden Feierlichkeiten im Beisein des Königs, der Königin und der königlichen Prinzen die Grundsteinlegung zu dem neuen Berliner Rathhause stattgefunden. Der Bau selbst wurde bekanntlich schon im Frühjahr 1860 begonnen, nachdem hierzu ein von der Königsstraße aussehendes umfangliches Häuser-Viereck für den Preis von 975,418 Thalern erworben worden war. — Am 8. Juni erfolgte in Berlin auf der Gartenstraße in einer Pappfabrik die Explosion eines Dampfkessels, wodurch acht Menschen theils mehr, theils weniger beschädigt wurden; vier davon sollen lebensgefährlich verwundet sein. — In Magdeburg schlug am 9. Juni der Blitz in den nördlichen Thurm der St.-Ulrichskirche und setzte denselben in Brand; das Feuer ergriff alsbald auch den südlichen Thurm und verbreitete sich über die ganze gewaltige Bedachung der Kirche. Nach einer Stunde stürzten beide Thürme zusammen. Der Feuerwehr gelang es indessen, unter Benützung der Wasserleitung eine weitere Ausdehnung des Feuers zu verhüten, obgleich das über die Stadt hintreibende Funkenmeer bereits in einigen Niederlagen gezündet hatte.

**Oesterreich.** Aus Wien wird berichtet, daß die Versetzung der sardinischen Armee auf den Friedensfuß jedenfalls auch in Oesterreich eine Heeresverminderung zur Folge haben werde, sobald der dazwischen getretene Tod Cavour's die politische Lage Italiens nicht neuen Verwickelungen zuführt, was man indessen nicht zu fürchten scheint. Es soll demnach, wie die D. A. Ztg. meldet, im kaiserlichen Cabinet entgültig beschlossen worden sein, den Stand der österreichischen Armee um 68,000 Mann zu vermindern und namentlich in dem kostspieligen Fuhrwesenstrain eine bedeutende Reduction vorgenommen werden, so daß sich eine tägliche Ersparniß von 27,000 Fl. herausstellen würde. Ueberdies wird dieser Schritt nur als ein vorläufiger bezeichnet, und wenn die Verhältnisse sich auch in Ungarn günstiger gestalten, soll noch eine weitere Heeresverringerung stattfinden. Bestätigen sich diese Nachrichten, so werden sie jedenfalls einen günstigen Rückschlag auf die österreichischen Werthpapiere ausüben.

Die bereits erwähnte Erklärung des Staatsministers von Schmerling, daß die Regierung den Reichsrath in seiner jetzigen unvollständigen Zusammensetzung als den engeren Reichsrath betrachte, gründet sich auf § 11 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung. Hiernach gehören Gegenstände der Gesetzgebung, welche allen Königreichen und Ländern, mit Ausnahme der Länder der ungarischen Krone, gemeinsam sind, zum verfassungsmäßigen Wirkungskreise des Reichsraths ohne Zu-